

## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 13. JUNI 2019

GESCH.-NR. 2019-0241

BESCHLUSS-NR.

IDG-STATUS

öffentlich

SIGNATUR

**16**

**16.04**

**16.04.22**

**GEMEINDEORGANISATION**

**Grosser Gemeinderat**

**Postulate**

BETRIFFT

**Postulat Urs Gut, Grüne, und Mitunterzeichnende, betreffend Sammelstelle für Kunststoffe – Begründung / Substantielles Protokoll**

[...]

### 8. GESCHÄFT-NR. 2019/024

**Postulat Urs Gut, Grüne, und Mitunterzeichnende, betreffend Sammelstelle für Kunststoffe – Begründung**

### VORSTOSS

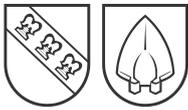
Gemeinderat Urs Gut, Grüne, und Mitunterzeichnende, reichen mit Schreiben vom 3. März 2019 nachfolgendes Postulat beim Büro des Grossen Gemeinderates ein (GGR-Geschäft-Nr. 2019/024):

#### ANTRAG

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten, ob die Entsorgung dahingehend optimiert werden kann, dass auch Haushaltskunststoffe für das Recycling entgegen genommen werden können.

#### BEGRÜNDUNG

Mit dem stetig zunehmenden Verbrauch von Kunststoffen nimmt auch dessen prozentualer Anteil im Haushaltskehrricht zu. Gleichzeitig steigt das Bewusstsein, dass wir mit unseren Ressourcen sorgsam umzugehen haben. In der Folge steigt auch das Bedürfnis nach der Möglichkeit Kunststoffe zu sammeln und der Wiederverwertung zuzuführen. In unserer Gemeinde fehlt eine Annahmestelle für Haushaltskunststoffe wie sie zum Beispiel in Grafstal, Lindau oder Brüttsellen existieren. Wer in unserer Gemeinde Kunststoffe sammeln möchte, muss diese in die Nachbargemeinden oder an einen andern Ort bringen. Das wird als stossend empfunden und entspricht keineswegs dem Gedanken und Nutzen des Recyclings.



### AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 13. JUNI 2019

GESCH.-NR. 2019-0241  
BESCHLUSS-NR.

URHEBER: Gemeinderat Urs Gut, Grüne

MITUNTERZEICHNENDE: Gemeinderätin Denise Tschamper, Grüne  
Gemeinderat Arie Bruinink, Grüne  
Gemeinderat David Zimmermann, EVP  
Gemeinderat Maxim Morskoi, SP  
Gemeinderätin Regula Hess, SP  
Gemeinderat Kilian Meier, CVP  
Gemeinderat Ralf Antweiler, GLP  
Gemeinderätin Brigitte Rösli, SP  
Gemeinderat David Gavin, SP  
Gemeinderätin Cornelia Tschabold, EVP

EINGANG RATSBURO: 12.03.2019

BEGRÜNDUNG IM RAT: 13.06.2019

### FORMELLES

Der Vorstoss wurde von der Urheberschaft als Postulat taxiert. Eine Überprüfung des Ratsbüros ergab, dass der Vorstoss die einschlägigen Vorschriften, wie sie an Postulate gemäss Art. 69 ff der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates GeschO GGR gestellt werden, einzuhalten vermag.

### PLENARDEBATTE

*Gemeinderat Urs Gut, Grüne*, legt konform mit Art. 72 ff. GeschO GGR die Beweggründe, welche ihn zur Einreichung des vorstehenden Postulates motiviert hatten, dar. Basis dafür bildet der zu Grunde liegende Postulatstext, aus welchem sich Begründung, Zielsetzung und Antrag hinreichend ergeben.

Gemeinderat Gut projiziert zur Illustration und Untermalung seines Votums entsprechende Grafiken zur besseren Veranschaulichung in den Saal; sie finden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

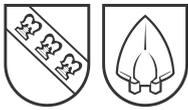
Gemeinderat Gut hat zur gleichen Sache unter Geschäft-Nr. 2015/031 im Jahre 2015 gemeinsam mit Gemeinderätin Katharina Morf, FDP, ein Postulat zur selben Sache eingereicht (Postulat Urs Gut, GP, und Katharina Morf, FDP, sowie Mitunterzeichnende, betreffend Kunststoffrecycling).

Damals hat der Stadtrat nach zweimaliger Bearbeitung des Vorstosses (der erstmalige abschlägige Postulatsbericht des Stadtrates vom 3. Dezember 2015 wurde an der Parlamentssitzung vom 28. Januar 2016 durch den Grossen Gemeinderat zunächst nicht gutgeheissen; erst nach erneuter Berichterstattung erteilte der Grosse Gemeinderat der abschlägigen Antwort des Stadtrates an seiner Sitzung vom 16. Dezember 2016 die Erledigung des Vorstosses).

Da die Sache nach wie vor einer grossen Aktualität und einem tatsächlichen Bedürfnis entspreche, reiche er den Vorstoss zum gleichen Thema erneut ein.

-----

*Der Ratspräsident* bittet den Stadtrat in Anwendung von Art. 72 Abs. 4 GeschO GGR bekanntzugeben, ob er gedenke, den Vorstoss entgegenzunehmen.



### AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 13. JUNI 2019

GESCH.-NR.

2019-0241

BESCHLUSS-NR.

-----

*Stadtrat Erik Schmausser, GLP, Ressort Tiefbau*, gibt namens des Gesamtgremiums bekannt, wonach der Stadtrat angesichts der unsteten Entwicklungen im Bereich der Entsorgung von Kunststoffmaterialien nach wie vor keine Handhabe sehe und empfiehlt dem Parlament den Vorstoss nicht zur Überweisung.

Auch das zuständige Bundesamt für Umwelt BAFU zeigt sich nicht überzeugt von Kunststoffmischsammlungen, da in diesem Bereich Transparenz schwer darüber herzustellen sei, wie die Kunststoffmaterialien letztendlich effektiv verwertet und nicht doch dem allgemeinen Abfall zugeführt werden.

Der Stadtrat hat im Rahmen der seinerzeitigen Bearbeitung des Erstvorstosses die Nachteile aufgezeigt – die Sachlage habe sich seither kaum verändert.

Selbstverständlich zeige der Stadtrat Verständnis für das Anliegen und trage die Idee zur Nachhaltigkeit und ökologischen Umweltgestaltung mit. So signalisiert Stadtrat Schmausser denn auch Bereitschaft, etwelche Massnahmen in Erwägung zu ziehen, sobald sich die Ausgangslage in gewinnbringende Art und Weise weiterentwickle.

-----

*Gemeinderätin Katharina Morf, FDP*, spricht namens der angeschlossenen Fraktion FDP/JLIE/BDP. Diese stehe für einen sorgfältigen Umgang mit Ressourcen, welche die Umwelt belasten, ein. Vor vier Jahren sei das Postulat Kunststoffrecycling von Urs Gut und ihr mit ähnlichem Inhalt zur Kunststoffsammlung und -wiederverwertung eingereicht worden. Gestützt auf die Angaben des Bundesamt für Umwelt BAFU habe der Stadtrat in seiner Antwort unter anderem die zu tiefe Verwertungsrate von gemischt gesammelten Kunststoffen angeführt, was zur Folge hatte, dass das Postulat durch den Grossen Gemeinderat letztendlich abgeschrieben wurde.

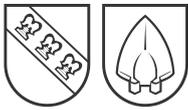
Die Verwertungsrate von Haushaltskunststoffen (ausgenommen PET und PE, welche getrennt gesammelt werden und eine hohe Wiederverwertungsrate aufweisen) habe sich laut BAFU bis heute nicht wesentlich verändert.

Die Fraktion gelange zur Auffassung, dass eine Sammlung und Recycling von Wertstoffen grundsätzlich zu begrüssen sei. Ökologisch sinnvoll direkt vor Ort, das heisst in der Nähe, beim Verursacher.

Aktuell werde der in der Schweiz anfallende Altplastik ins Ausland transportiert und dort sortiert, später werde dieser dann unter enormem Energieaufwand zu Granulat für den Industriebedarf verarbeitet. Die 50 oder mehr Prozent Ausschuss würden oft zurück in die Schweiz gefahren – und in Zementwerken und Kehrriechanlagen verbrannt. Immerhin werde die anfallende Wärme als Energiequelle genutzt. Doch mit Recycling habe das nichts zu tun.

«Kunststoffsammlungen aus Haushalten haben, verglichen mit der Sammlung von PET-Flaschen, eine geringe Kosten/Nutzen-Effizienz. Dem verhältnismässig kleinen ökologischen Nutzen stehen hohe Kosten gegenüber.»

Dies seien die wichtigsten Ergebnisse des Projekts «Kunststoff Recycling und Verwertung (KuRve)», welches die Firma Carbotech AG (Spezialist Umweltberatung und Schadstoffe) und das Hochschulinstitut UMTEC (Institut für Umwelt und Verfahrenstechnik der Hochschule Rapperswil) im Auftrag von acht Kantonen, verschiedenen Verbänden und dem Bundesamt für Umwelt BAFU durchgeführt hat. Dieser Bericht sei datiert vom 13. Juli 2017.



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 13. JUNI 2019

GESCH.-NR. 2019-0241  
BESCHLUSS-NR.

Jetzt, vor rund drei Wochen, habe das Magazin „10vor10“ des Schweizer Fernsehens über Kunststoffrecycling in der Schweiz berichtet. Das BAFU zeige sich heute davon überzeugt, dass es richtig sei, bei der Kunststoffverwertung einen Schritt weiter zu gehen; konkret heisse dies, dass Plastikflaschen von Shampoo, Putzmittel, Waschmittel etc. rezykliert werden sollen. Diese Stoffe seien hochwertig. Allerdings seien die logistischen Herausforderungen wie und wo gesammelt, sortiert und verwertet werden soll, noch nicht geklärt. Eine Studie, die zur Ausarbeitung in Auftrag gegeben worden sei, soll innerhalb des nächsten Halbjahres aufzeigen, ob sich Plastik-Recycling ökologisch lohne. Dasselbe empfehle auch der Städteverband. Er begrüsse grundsätzlich das Betreiben von Kunststoffrecycling schweizweit, rät den Gemeinden im Moment aber davon ab, aktiv zu werden bis die Finanzierung geklärt worden sei.

Selbstverständlich werde auch die FDP/JLIE/BDP-Fraktion die Thematik beobachten und Hand zu einem lösungsorientierten, sinnvollen und kostenbewussten Vorgehen bieten. Aktuell mache es aber ökologisch wenig bis keinen Sinn, die enormen Kunststoffberge in Drittweltländer oder nach Osteuropa zu „karren“ und dort zu vergessen. Getreu dem Motto: Aus den Augen aus dem Sinn.

Angesichts dieser Tatsachen sei eher das Übel an der Wurzel zu packen. Gemeinderätin Morf stellt die Frage, was unternommen werden könnte, damit diese Kunststoffe gar nicht mehr hergestellt und durch andere Materialien substituiert werden könnten.

Aus den genannten Beweggründen und um die Ergebnisse der laufenden Studie abzuwarten, werde die FDP/JLIE/BDP-Fraktion das Postulat nicht überweisen.

---

*Gemeinderat Maxim Morskoi, SP*, fasst zusammen, wonach jährlich 800'000 Tonnen an Plastikabfällen anfallen würden, davon würde ein Anteil von 80 % der Verbrennung zugeführt. Den auf das Recycling entfallende Anteil von 20 % umfasse die Fraktion der PET-Flaschen. Oftmals sei das Verwenden von PET-Flaschen aber gar nicht notwendig.

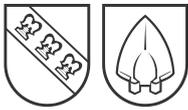
Dennoch: Wenn niemand einen Grundstein lege, so würde auch keine neue Entwicklung angestossen. Sogar die kleine Nachbargemeinde Lindau habe eine entsprechende Sammlung implementiert. Die Sammlung biete ohnehin Potenzial, das eigene Haushaltsbudget finanziell zu entlasten; müsse man doch für den Kauf üblicher Abfallsäcke sodann auch weniger Gebühren entrichten.

Die Stadt Illnau-Effretikon führe als Hauptgrund die abschlägigen Empfehlungen des Bundesamtes für Umwelt an und verzichte aufgrund deren auf eine Einführung einer Kunststoffsammlung. Gemeinderat Morskoi verweist darauf, dass auch das zuständige Bundesamt nicht allwissend sei. Gar die SVP-regierte Gemeinde Muri habe eine solche Sammlung initiiert und selbst Nationalrat Christian Wasserfallen, FDP, mit welchem Gemeinderat Morskoi sonst das Heu nicht auf derselben Bühne zu haben pflege, plädiere für das Kunststoff sammeln. Die Verbrennung von Plastikabfällen erweise sich als ökologisch unsozial und als sogenannte „end of type“-Lösung. Diese Vorgehensweise sei für Westeuropa leider relativ typisch – dessen Länder bekämpfen Probleme selten an der Ursache.

Gemeinderat Morskoi plädiert daher für die Überweisung des Vorstosses.

---

*Gemeinderat Simon Binder, SVP*, befürwortet Recyclingmassnahmen grundsätzlich. Allerdings scheine es Tatsache zu sein, wonach es sich bei mindestens einem Teil der Gemischtkunststoffsammlung um



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 13. JUNI 2019

GESCH.-NR.

2019-0241

BESCHLUSS-NR.

Etikettenschwindel handle. Anstelle, dass die Rest-Kunststoffe in der lokalen Kehrichtverwertung verbrannt würden, um dort auch verwertbare Abwärme oder Energie für die Stromproduktion zu gewinnen (damit würde auch Heizöl substituiert werden), würden die Plastikabfälle unter hohem Energieverbrauch ins Ausland transportiert und dort thermisch vernichtet. Was allerdings auch vorkomme, sei der Umstand, wonach die Konsumenten selbst ihren Abfallsack mittels eigenem SUV über die Gemeindegrenze führen, um dort das eigene Gewissen zu erleichtern und ihren Kunststoff in einer entsprechenden Sammlung zu deponieren.

Kunststoff sei eben nicht gleich Kunststoff. Herr und Frau Schweizer seien bereits heute bestrebt, Kunststoffe (sortenrein) auszusortieren, Beispiele dafür sind PE- und PET-Fraktionen. Dass nun auch Gemischtkunststoffteile einer Sammlung zugeführt würden, könnte wie – aktuell in den USA zu beobachten – darin resultieren, dass alles in einem grossen Kunststoffpott kollektiv gesammelt wird. Danach alles wieder sortenrein zu trennen, gestalte sich als Herkulesaufgabe. So griffen die USA also zum einfachsten Mittel, nämlich den Plastikabfall nach China zu transportieren und dort der Verbrennung zuzuführen.

Gemeinderat Binder empfiehlt, von der Überweisung des Postulates abzusehen. Sollte der Vorstoss dennoch überwiesen werden, sei der Stadtrat gut beraten, zu evaluieren, ob er dem Schutz der Umwelt mit der Implementierung einer Kunststoffsammlung einen Gefallen tue oder nicht. Ferner sei anzuregen, den Grossen Gemeinderat frühzeitig in solche Überlegungen einzubeziehen und ihn nicht vor vollendete Tatsachen zu stellen, wie beispielsweise seinerzeit beim Erlass des Sportkonzeptes oder der neuen Plakatierungsrichtlinien.

---

*Gemeinderat Andreas Furrer, SP*, erachtet den Gedanken der Substituierung von Erdöl zwar als spannend, jedoch empfindet er den durch Gemeinderat Binder angestellten Vergleich in diesem Kontext als nicht statthaft.

Auch wenn sich Kunststoffsammlungen allenfalls in Details noch nicht als vollständig ausgereift erweisen, so bedeuten diese doch einen Schritt in die richtige Richtung.

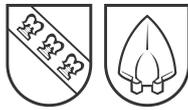
---

*Gemeinderat Urs Gut, Grüne*, Urheber des Vorstosses, informiert den Rat, dass keine wissenschaftlich erhärteten Hinweise bestünden, wonach sich Kunststoffsammlungen innerhalb der Europäischen Union als nicht effizient erweisen. Eine Studie der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt EMPA habe solche Ansätze untersucht und belege die ökologische Sinnhaftigkeit von Kunststoffsammlungen.

Zu den Kosten führt Postulant Gut aus, wonach solche Sammlungen keine Kosten generieren würden; so wie es auch bei Zeitungs- oder Glassammlungen der Fall sei. Eine spezialisierte Unternehmung disponiere und organisiere solche Kunststoffsammlungen. Die organisierende Unternehmung habe die Stadt Illnau-Effretikon bereits kontaktieren wollen, deren Offerte sei dort aber refüsiert worden.

---

*Gemeinderat Paul Rohner, SVP*, gibt zu bedenken, dass die Separat-Sammlung und deren Einrichtung mitnichten gratis sein können. Rohner habe sich in der Nachbargemeinde Lindau erkundigt; ein Sammelsack kostet dort Fr. 2.60 – das sei somit nicht kostenfrei, wie übrigens auch die Zeitungs- und Glassammlung nicht



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 13. JUNI 2019

GESCH.-NR.

2019-0241

BESCHLUSS-NR.

in jedem Fall kostenfrei sei, sondern indirekt auch finanziert werden müsse und in jedem Fall eine Art von Kostenüberwälzung stattfinde.

Zudem spreche auch ein praktischer Umstand gegen die Einrichtung einer Kunststoffsammlung. Die Säcke sind in Grössen zu 60 Liter verfügbar. Nicht jeder Haushalt verfüge über genügend Platz, ein solches Behältnis über längere Zeit in den eigenen vier Wänden zu halten. Der Transport des Sackes sei aufgrund seines Gewichtes und seiner Dimensionen sodann auch mit gewissen Unwegbarkeiten verbunden.

Gemeinderat Rohner spricht sich in der Folge für die Nichtüberweisung des Postulates aus.

-----  
*Gemeinderat Beat Bornhauser-Sieber, GLP*, unterstützt das im Postulat formulierte Ansinnen. Wenn es nur schon dazu beitrüge, wonach weniger Flaschen ihre Endstation auf den Felder der Bauern finden würden, habe sich das Projekt bereits gelohnt.

Die Gegner argumentieren stets mit dem Fehlen von statistisch nachgewiesenen Effekten, Datenangaben, Vergleichszahlen usw. Das liesse sich mitunter halt auch damit begründen, da sich zu wenige Gemeinden an solchen Sammlungen beteiligen.

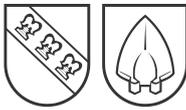
Zu den monetären Aspekten hält Gemeinderat Bornhauser fest, wonach die Kosten für einen Kunststoffsammelsack immer noch günstiger ausfielen, als jene für den üblichen Abfallsack. Unter dem Strich bilde sich ein Spareffekt ab und das motiviere Leute, den Plastik zu sammeln bzw. zu trennen.

Im Weiteren müsste eine Pressevorrichtung zur Verfügung gestellt werden, die es ermöglicht, den Plastik platzsparend zu lagern. Eine solche Anlage könnte durchaus im aktuell beplanten Mehrzweckgebäude untergebracht werden.

Gemeinderat Bornhauser macht beliebt, dem Stadtrat das Postulat zu überweisen, damit dieser die detaillierten Abklärungen neu beurteilen und erwägen kann.

-----  
*Gemeinderat René Truninger, SVP*, sieht die Problematik der sogenannten „grauen Energie“ vor allem vor dem Hintergrund des „Abfalltourismus“ nicht hinlänglich geklärt. Dass einzelne Haushalte ihren Abfallsack mit dem Auto dort hin transportieren, wo sich Kunststoffsammlungen befänden, erweise sich mitnichten als CO<sub>2</sub>-neutral. Zudem wiege das Faktum, wonach der gesammelte Kunststoff dann über die schweizerische Grenze ins (nahe) Ausland transportiert werde, um dort verbrannt zu werden, als besonders schwer.

-----  
*Gemeinderat David Gavin, SP*, referenziert die gefallen Voten, die Bezug auf die Substituierung von Erdöl genommen haben. Es sei ja wohl hinlänglich bekannt, dass die Erdölquellen wohl nicht hierzulande vorkommen; es gelte, das Problem bei den Wurzeln zu packen und Gedanken dazu anzustellen, wie alternative Materialien anstelle des Plastiks für alltägliche Bedürfnisse und Zwecke (Verpackungsmaterialien) sonst Einsatz finden könnten.



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 13. JUNI 2019

GESCH.-NR. 2019-0241  
BESCHLUSS-NR.

-----  
*Der Ratspräsident* stellt die erschöpfte Diskussion fest und leitet das Abstimmungsprozedere zur Frage der Postulatsüberweisung ein.

## ABSTIMMUNG

### DER GROSSE GEMEINDERAT

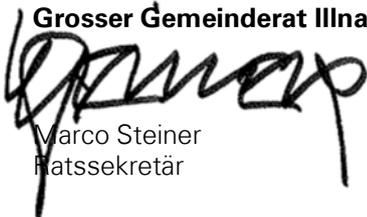
#### BESCHLIESST:

1. Das Postulat Urs Gut, Grüne, und Mitunterzeichnende, betreffend Sammelstelle für Kunststoffe, wird dem Stadtrat zur Beantwortung überwiesen.
2. Der Stadtrat hat dem Grossen Gemeinderat Bericht und Antrag in Anwendung von Art. 74 Abs. 1 Gescho GGR innert Jahresfrist, spätestens bis 13. Juni 2020, zu unterbreiten.
3. Gegen diesen Beschluss ist das Referendum ausgeschlossen.
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
  - Abteilung Tiefbau
  - Abteilung Tiefbau (Geschäftsakten)

Obgenannter Beschluss kam mit einem Verhältnis von 16:15 Stimmen zu Stande.  
Dezidierte Abstimmung zu Dispositivziffer 1.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

**Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon**



Marco Steiner  
Ratssekretär

Versandt am: 14.06.2019

ms